Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 84. [31. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 19. Februar 1892, Abends.** [31. Jahrgang.] **Nr. 84.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32, Abonnements** vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für **die Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Für den Monat **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von ℳ **2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** nnd in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg."**, Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 19. Februar.

In den Jahren 1890 und 1891 sind, wie bekannt, die Tarife der österreichischen Staatsbahnen für den Personen- und für den Güterverkehr vereinfacht und im Allgemeinen ermäßigt. Dieses Vorgehen ist unserer Staatsbahnverwaltung vielfach als Muster vorgehalten worden. Man scheint in Oesterreich aber keine erfreulichen Erfahrungen mit dieser Maßnahme gemacht zu haben; denn sie hatte alsbald ein Sinken der Eisenbahneinnahmen zur Folge, ein so starkes Sinken, daß man schon jetzt, nachdem die neuen Personentarife etwa 1½ Jahr, die neuen Gütertarife noch nicht ein Jahr in Geltung stehen, mit vollem Ernste Schritte in Erwägung zieht, um die Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr wieder zu erhöhen. Diese „Tariferhöhung" soll, wie wir einem Aufsatze des bekannten volkswirthschaftlichen Schriftstellers Alexander Dorn in der von ihm herausgegebenen volkswirthschaftlichen Wochenschrift vom 11. Februar 1892 entnehmen, „in Steuerform" erfolgen. Es wird von der Regierung die Einführung einer „Transportsteuer" von 10 pCt. auf den Personenverkehr, von 7 pCt. auf Eilgüter und von 5 pCt. auf gewöhnliche Frachten beabsichtigt. Dorn macht mit Recht auf die Bedenken einer solchen Maßnahme, welcher er eine Erhöhung der Eisenbahntarife vorziehen würde, aufmerksam. „Wenn die neuen Tarife der Staatsbahnen wirklich Verluste ergeben", so bemerkt er, „so soll man einfach zugestehen, daß ein Fehler gemacht wurde und soll diese Tarife erhöhen; aber diesem an sich ja ganz gerechtfertigten Zwecke auch den Verkehr der übrigen Eisenbahnen tributair zu machen und durch eine allgemeine Tariferhöhung (nichts Anderes ist ja die Auflage einer Transportsteuer), die sämmtlichen Verkehrsinteressenten zu schädigen, das kann doch nimmermehr als gerechtfertigt anerkannt werden!" Dorn warnt aus diesem und anderen Gründen dringend vor der Ausführung der geplanten Maßnahme.

Wir haben keinen Anlaß, in dem häuslichen Streite, ob eine Tariferhöhung oder eine Transportsteuer den Vorzug verdient, unsererseits ein Wort mitzusprechen. Dagegen kann man unserer Meinung nach zweierlei Nutzanwendungen aus dieser neuesten Wendung in der Eisenbahnfinanzpolitik unserer Nachbarn ziehen: Einmal hat es sich wiederum herausgestellt, daß nicht jede Tarifermäßigung eine Vermehrung der Einnahmen zur Folge hat; sodann aber soll man derartige umfassende Maßnahmen erst nach reiflicher Erwägung und in einem geeigneten Zeitpunkte ausführen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, sie nach kurzem Bestehen direkt oder indirekt wieder rückgängig machen zu müssen.

Der **Reichstag** berieth in seiner heutigen (177.) Plenarsitzung, die um 2¼ Uhr eröffnet wurde, zunächst die Vorlage, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, in erster Lesung. Der Staatssekretair des Reichsjustizamts Dr. Bosse führte den Entwurf ein als ein aus der Anregung des Hauses heraus entstandenes Werk, das einem langgefühlten Bedürfniß abhelfen wolle. Der Entwurf wolle die Lücke zwischen den offenen Handelsgesellschaften und den Aktiengesellschaften in möglichst einfacher Weise ausfüllen. Abg. Oechelhäuser sprach seine Befriedigung über die Einbringung der Vorlage aus und erklärte sich auch mit den Abweichungen von den Vorschlägen des deutschen Handelstages einverstanden. Das Gesetz sei eine dankenswerthe Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes und werde namentlich den kleinen Handwerkern und Arbeitern den Zusammenschluß zu industrieller Thätigkeit erleichtern. Abg. Hultzsch schließt sich der Anerkennung des Vorredners durchaus an und hält den Entwurf für in jeder Weise zweckmäßig. Abg. Spahn ist zwar mit der Tendenz der Vorlage einverstanden, hätte es aber lieber gesehen, wenn man mit dem Gesetze bis zur Fertigstellung des bürgerlichen Gesetzbuches gewartet hätte. Die Abgg. v. Helldorff und Schenck erklärten sich mit den Grundzügen des Entwurfs einverstanden. Darauf wurde derselbe einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Bei Schluß des Blattes ging das Haus zur Spezialberathung des Extraordinariums des Militairetats über.

In der heutigen (18.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde die Berathung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Abg. Broemel führte aus, daß in dem vorgelegten Etat die Einnahmesteigerung zu hoch angenommen sei, und das in einer Zeit wirthschaftlicher Degression, und ging dann auf seinen Antrag, betreffend die Tarifreform, ein. Bei den Konservativen scheine das Bestreben zu herrschen, die Arbeiter der östlichen Provinzen an ihre Scholle zu fesseln. Dem gegenüber müsse man darauf dringen, daß Jedem die Möglichkeit erleichtert werde, seine Arbeitskraft vortheilhaft zu verwerthen. Der Minister v. Maybach habe ja auch ein Reformprojekt ausgearbeitet. Aber dasselbe sei nicht einmal dem Landeseisenbahnrath vorgelegt worden, auch das Abgeordnetenhaus habe nichts davon erfahren. In anderen Ländern, wie beispielsweise in Bayern, habe man die Reformvorschläge zuerst der Kammer unterbreitet, und er selbst habe sich als preußischer Abgeordneter an die bayerische Abgeordnetenkammer wenden müssen, um das nöthige Material zu erlangen. Der gegenwärtige Eisenbahnminister befinde sich ja in schlimmerer Lage, da er sein Amt angetreten habe in einer Zeit, wo die Wendung zum Schlimmeren eintrat. Gleichwohl habe derselbe anerkannt, daß die Personentarife einheitlicher und auch billiger gestaltet werden müßten. Seiner Meinung nach gebe der Reformplan des Ministers v. Maybach eine geeignete Grundlage für die Reform. Abgesehen von den darin herrschenden rein finanziellen Gesichtspunkten müsse er die Beibehaltung der vierten Wagenklasse als einen Vorzug des v. Maybach'schen Planes ansehen. Die bayerische Regierung hätte sich zu der Einführung der vierten Wagenklasse lediglich aus finanziellen Rücksichten nicht entschließen können, weil die Anschaffung, der betreffenden Betriebsmittel zu viel Kosten verursachen würde. Die Vereinfachung des Gepäcktarifs würde einerseits mit Ersparnissen andererseits mit einer großen Vereinfachung des Verkehrs verbunden sein. In Oesterreich habe sich diese Vereinfachung des Gepäcktarifs von bester Wirkung erwiesen. Daß die Tarifermäßigungen keine Einnahmeausfälle ergeben würden, bewiesen die Erfahrungen in denjenigen Staaten, welche solche Ermäßigungen hätten eintreten lassen. Der Herr Minister sage nun, daß die Reform der Gütertarife dringender sei, als die der Personentarife. Es sei aber doch zu bedenken, daß die Personentarife jetzt viel zu hoch und zu verwickelt seien. Auch sei der wirthschaftliche Nutzen der Erleichterung des Personentarifes nicht zu unterschätzen, während eine Ermäßigung der Gütertarife zum großen Theile einen gewissermaßen persönlichen Nutzen mit sich bringen würde. In der bayerischen Kammer sei auch hervorgehoben worden, daß eine Ermäßigung der Personentarife mindestens ebenso wichtig sei, wie die der Gütertarife. Gegen die Ermäßigung der Personentarife werde eingewendet, daß sie eine Steigerung des Verkehrs herbeiführen würden, die nicht zu bewältigen sein werde. Indeß würde eine verständige Reform diesen Uebelstand nicht zeitigen. Werde aber wirklich eine solche Steigerung eintreten, so könne man doch, wie es die Gegner der Reform thun, keinenfalls von einem Ausnahmeausfall sprechen. Daß die Tarife jetzt zu hoch seien, beweise der Umstand, daß für die dritte Wagenklasse in Oesterreich die Zurücklegung von 20 Kilom. 24 ₰ kostet, in Ungarn 43 ₰, in Bayern 70 ₰ und in Preußen gar 80 ₰. Das Umgekehrte sei der Fall betreffs der zweiten Klasse. Die Tarife für Rückfahrtskarten zweiter Klasse in Preußen seien niedriger als in Bayern, Oesterreich und Ungarn. Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen rechtfertigte die Ansätze des vorliegenden Etats, betonte, daß sein Vorgänger sein Tarifreformprojekt nur erst als einen Fühler habe betrachten können. Zur Reform selbst habe er bereits wiederholt erklärt, daß die Personentarife sich in ihrer bisherigen Entwickelung auf die Dauer nicht würden aufrecht halten lassen. Er habe aber hinzugefügt, daß diese Reform mit Rücksicht auf die finanzielle Lage und mit Rücksicht darauf, daß die Frage noch nicht abgeklärt sei, nicht so dringend sei. Unsere Staatsbahnen blieben, mit Ausnahme vielleicht vom Königreich Sachsen, hinter keinem deutschen Staate zurück; unsere Tarife seien auch keineswegs so hoch, daß sie das wirthschaftliche Leben beeinträchtigten. Dazu komme, wie er auch schon im Reichstage hervorgehoben habe, daß wir sehr zahlreiche Züge haben, und daß wir die dritte Klasse auch für die Schnellzüge eingeführt haben — was in Oesterreich-Ungarn nicht der Fall sei. Die Zonentarife paßten für uns nicht; sie würden eine Verschiebung zum Nachtheil der wirthschaftlich Schwachen herbeiführen, namentlich die kleinen Städte schädigen und die weitere Entvölkerung der östlichen Provinzen herbeiführen. Die Zonentarife würden auch in sozialer Beziehung nachtheilig wirken und auch finanziell nicht unbedenklich sein. Die Annahme, daß der Zonentarif eine größere Ausnutzung der Sitzplätze herbeiführen werde, treffe auch nicht zu. Eine Ermäßigung der Tarife werde nothwendig eine Vermehrung der Kosten herbeiführen, welche das finanzielle Ergebniß wiederum sehr beeinträchtigen würde. Da er im Ganzen auf dem Boden seines Amtsvorgängers stehe, habe er auch im Grunde nichts gegen die Resolution des Abg. Broemel, doch müsse er bitten, die Worte: „jedoch unter Ausschluß von Tariferhöhungen" aus derselben zu entfernen. Die Staatsregierung sei nicht gewillt, die Tarifreform in den Papierkorb zu werfen. Sie werde dieselbe mit den wirthschaftlichen Beiräthen, dem Landeseisenbahnrath berathen und mit den anderen Bundesregierungen in Beziehung treten, um eine einheitliche Regelung zu schaffen. Unreife Projekte werde er aber nicht vorlegen. Er sei überzeugt, daß die Frage der Personentarife von der Tagesordnung nicht wieder verschwinden werde, und er könne versichern, daß die Staatsregierung der Regelung der Frage die vollste Aufmerksamkeit zuwenden werde. (Bravo.) Finanzminister Dr. Miquel bat, die Resolution Broemel überhaupt abzulehnen. Zuzugeben sei, daß das Garantiegesetz von 1882 seine Aufgabe nicht vollständig erfüllt habe. Aber dagegen, daß man von einer Mißherrschaft in der Finanz- oder der Eisenbahnverwaltung spreche, müsse er doch entschieden protestiren. Bei der Tarifreform müsse man sich vor Allem vergegenwärtigen, daß dieselbe möglicher Weise vorerst einen Ausfall von 51 Millionen ergeben werde. Wodurch soll dieser Ausfall gedeckt werden? Die Finanzverwaltung dürfe diesen Punkt nicht aus dem Auge lassen! Der Finanzminister bezeichnet in großen Umrissen die Richtung, in welcher nach seiner Meinung die Gesetzgebung werde vorgehen müssen, um den ohne Schuld einzelner Personen hervorgetretenen Mißständen abzuhelfen. Abg. v. Oppen tritt für die landwirthschaftlichen Interessen der östlichen Provinzen und die Ermäßigung der Gütertarife nach dem Westen ein. Gegen die Verbilligung der Personentarife müsse er sich entschieden erklären. Die gegenwärtige Völkerwanderung aus dem Osten würde wesentlich genährt durch die billigen Tarife; daß eine noch größere Verbilligung derselben patriotische und soziale Gefahren mit sich bringen müsse, führt der Redner unter lebhafter Zustimmung der Rechten aus. Bei Schluß des Berichts hat Abg. Broemel das Wort, um die Einwendungen zu widerlegen, welche seine vorigen Ausführungen gefunden hatten.

Die Vorarbeiten für den **Normaletat** und die darauf basirenden Gehaltsverbesserungen der Direktoren und Lehrer an höheren Schulen sind, wie wir hören, nunmehr beendet. Die betreffenden Aufstellungen werden in kürzester Frist mit einer besonderen Denkschrift dem Landtage vorgelegt werden.

Der „Hamburgische Korrespondent" bedauert, daß wir von seinem, der innerpolitischen Lage in Preußen gewidmeten Artikel nur jenem Passus Beachtung geschenkt hätten, welcher dem Ministerpräsidenten besondere, in der Sache selbst nicht liegende Motive für sein entschiedenes Eintreten zu Gunsten der **Volksschulvorlage** unterlegen wollte.

Wir haben in dem Artikel des „Korrespondenten" berichtet, was uns darin beachtenswerth erschien, weil es eine Richtigstellung herausforderte. Im Uebrigen aber haben wir uns sachlich zu der Volksschulvorlage so vielfach ausgesprochen, daß ein Bedauern nur auf unserer Seite liegen kann, weil der „Hamb. Korr." an Allem, was wir sachlich geltend machten, vorüberging. Hätte das Blatt dem mehr Beachtung geschenkt, so wäre es vielleicht nicht in eine so einseitige Stellung zum Schulgesetz gerathen.

Wenn aber der „Hannoversche Kourier" es für einen „schweren Irrthum" erklärt, daß, sofern die Vorlage jetzt Gesetz wird, der Streit über dieselbe schweigen und nicht mehr in nach Jahren kommenden Wahlen seine agitatorische Rolle spielen werde, vielmehr meint, gerade das Gegentheil werde der Fall sein, nach Annahme der Vorlage werde es erst recht losgehen, so wollen wir das in aller Ruhe abwarten. Abgesehen davon, daß der „Kourier" so wenig wie wir weiß, welche Tagesfragen zur Zeit der Wahlen die Oeffentlichkeit beschäftigen werden, hat sich im Parteileben die Prophezeiung mit „wenn ... dann" schon so oft als verfehlt erwiesen — wie oft hat man dieses „wenn ... dann" von den verschiedensten Seiten, seit 1863 gehört —, daß dieselbe ihre Wirkung auf uns vollständig versagt.

Bei Erörterung der Abstimmung des Reichstags über die Anträge betreffs des **Militairstrafverfahrens** meint die Münchener „Allgem. Ztg", die Regierung habe die erlittene „schwere Niederlage" zumeist dem Umstande zu verdanken, „daß der Reichskanzler in den Gang der Verhandlungen mehr vom Standpunkt des preußischen Kriegsministers als des leitenden deutschen Staatsmannes eingriff", und an anderer Stelle wird nochmals gesagt, der Umstand, „daß Graf Caprivi auf diese führende Stellung des leitenden deutschen Staatsmannes verzichtete und die ihm vielleicht nähere ligende und sympathischere Haltung des preußischen Generals annahm", hätte zu dem eingetretenen Ausgange der Sache führen müssen.

In diesen Bemerkungen soll doch wohl angedeutet werden, daß von Seiten Preußens, resp. der preußischen Militairs, dem Zustandekommen einer Reichs-Militair-Strafprozeßordnung ein besonderer Widerstand entgegengesetzt werde, ein Vorwurf, der auch in den Reichstagsverhandlungen, z. B. in der Rede des Abg. v. Marquardsen, wenn auch nicht in dürren Worten, so doch in Andeutungen, auftauchte.

Dieser Vorwurf kann nur auf Unkenntniß des Sachverhalts beruhen, denn thatsächlich ging das Widerstreben gegen eine gemeinsam das ganze Reich umfassende Regelung des Militairstrafverfahrens, welche ein oberstes Reichs-Militairgericht einschließen sollte, nicht von Preußen aus.

Die **„Freisinnige Zeitung"** des Abg. E. Richter meint, sie müsse erwarten,

„daß mehr noch als bisher die Volksschulvorlage in der Kommission **durchzupeitschen** versucht wird."

Wenn auf einen, allerdings hochwichtigen Paragraphen der Vorlage drei vielstündige Sitzungen seitens der Kommission verwandt wurden, dann ist es eine absonderliche Terminologie, eine solche gewissenhafte Arbeit als Durchpeitschen zu bezeichnen. Wenn aber die „Freis. Ztg." hervorhebt, daß, nachdem schon an den drei ersten Tagen dieser Woche sechs- bis siebenstündige Sitzungen stattfanden, am Donnerstag eine Abendsitzung gefolgt sei, und sich besorgt zeigt, daß durch derart rasch auf einander folgende Sitzungen die Kommissionsmitglieder ermüdet werden möchten, so wären, falls wirklich solche Ermüdung sich zeigen sollte, dafür vielleicht andere Gründe nachweisbar; Gründe, deren Urheber mehr bei den Freunden der „Freis. Ztg." als anderswo zu suchen sein möchten.

Aus **Chihuahua, Mexiko,** 2. Februar, geht uns folgendes Schreiben zu:

„In der Einlage erlaube ich mir, Ihnen eine Kopie eines Ausschnittes aus dem „Berliner Tageblatt" zu übersenden, der mehreren jungen Leuten unseres Hauses heute Morgen von ihren Angehörigen in der alten Heimath zuging, dessen Inhalt auf völliger Unwahrheit beruht.*)

Da derartige Nachrichten beunruhigend wirken, gestatte ich mir, Ihnen den wahren Sach- verhalt mitzutheilen.

Am 7. Januar a. c. fanden in Ascension, ca. 200 engl. Meilen nördlich von hier, Munizipalwahlen statt, wobei es zu Ausschreitungen kam, und allerdings zwei Personen, Rafael Ancheta und Marcos Sifuentes, getödtet und fünf Personen verwundet wurden. Auf telegraphische Nachricht nach hier ging sofort ein kleiner Trupp Militair ab und wurde die Ruhe sofort wiederhergestellt. Von Stürmung des Stadthauses, Besitzergreifung der Stadt u. s. w. ist also keine Rede gewesen und Alles nur Erfindung.

Ebenso war der unter Leitung von Garza stattgefundene Aufstand, der bereits unterdrückt ist, ohne jede Bedeutung."

Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben ist von dem deutschen Vizekonsulat in Chihuahua amtlich beglaubigt.

*) Die betreffende Mittheilung im „Berl. Tagebl." lautete:

New-York, 11. Januar. Aus Mexiko wird gemeldet, daß am vorigen Donnerstag in der Stadt Chihuahua wegen der Wahl Rafael Huchela's zum Präsidenten des gleichnamigen Staates ein Aufstand ausbrach. Ein Pöbelhaufe von 600 Menschen stürmte das Stadthaus, wobei mehrere Personen getödtet wurden. Die Insurgenten, wie man glaubt von Garza unterstützt, wurden schließlich Meister der Stadt.

Rundschau im Auslande.

Plötzlich zwar, aber durchaus nicht unerwartet, ist die Krise hereingebrochen, welche heute den **französischen** Ministerpräsidenten, Herrn de Freycinet, bestimmt, dem Präsidenten Carnot die Demission des gesammten Kabinets zu überreichen. Bei der Wiedereröffnung der Parlamentssitzungen ist von uns hervorgehoben worden, daß die kirchenpolitische Frage mehr als je als die Alles beherrschende zu betrachten sei. In die Mitte gestellt zwischen die nach einem „Kulturkampf" lüsternen Radikalen, ohne deren Stimme eine Majorität in der Deputirtenkammer nicht zu erhalten war, und die kirchlich gesinnte Rechte, deren Presse täglich von Klagen über Beinträchtigung und Drangsalirung der Kirche durch den Staat überfließt, suchte das Kabinet einen Mittelweg innezuhalten, von welchem aus der wie ein Damoklesschwert über ihm schwebenden Eventualität einer Vereinigung beider feindlichen Parteien zur Beseitigung des den Ansprüchen beider nicht genügenden Mittelsmannes vorgebeugt werden könnte. Eine solche Politik kann ihrem ganzen Wesen nach nichts Anderes sein als eine Taktik des Abspeisens mit schönen Worten, des Hinhaltens und der scheinbaren Zugeständnisse. Vornehmlich der Gewandtheit, mit welcher Herr von Freycinet es verstand, einer hüben oder drüben verletzenden Maßregel die allzu scharfen Stacheln zu nehmen und die eindringenden Spitzen umzubiegen, ist es zu danken, daß eine Abstimmung, wie die gestrige, wo die Rechte durch ihren Beitritt zu einer von links her gemachten Opposition das Kabinet in die Minorität versetzte, nicht schon früher erfolgt ist. Zur Debatte stand ein Dringlichkeitsantrag für das von der Regierung entworfene Genossenschaftsgesetz, in welchem der Klerus und seine Anhänger eine schwere Bedrohung der kirchlichen Interessen erblicken, während von radikaler Seite der Verdacht geäußert wurde, die Regierung suche durch dieses Gesetz nur alle möglichen Vollmachten in die Hand zu bekommen, um sie nachher der Kirche und den religiösen Verbindungen gegenüber nicht zur Anwendung zu bringen. Die Rechte verfolgte vom Beginn der Debatte an die Taktik, der Kammer ihre Ohnmacht und Zerfahrenheit dadurch vor Augen zu führen, daß sie sich systematisch derjenigen Fraktion zugesellte, mit welcher zusammen sie ein negatives Abstimmungsresultat herbeiführen konnte. Dieses Manöver wurde auch ausgeführt, als eine Tagesordnung beantragt war, welche die Regierung ersuchte, ihre republikanische Politik festzusetzen, und nachdem der Kabinetspräsident die Annahme oder Ablehnung dieser Tagesordnung ausdrücklich als Vertrauensfrage bezeichnet hatte. Von den 304 Abgeordneten, welche gegen die von der Regierung als erwünscht erklärte Tagesordnung stimmten, gehören 194 den Radikalen, die Uebrigen der Rechten an. In den Wandelgängen der Kammer gab man sich unmittelbar nach dem Schluß der Sitzung keinerlei Zweifeln darüber hin, daß die Bildung eines neuen Kabinets eine sehr schwierige sein würde, da die Kammer bei der Koalition der Rechten bald mit den gemäßigten Republikanern, bald mit den Radikalen für die Zusammensetzung der neuen Regierung keinerlei Richtschnur gegeben habe. Die Radikalen rechneten auf eine von Pichon beantragte Tagesordnung, erlangten aber dafür nur eine Stimmenzahl von 191, die nicht ausreichte, um darauf hin aus ihren Reihen allein ein neues Kabinet zu bilden. Die Tagesordnung Pichon besagte, es sei nothwendig, den Kampf der staatlichen Macht gegen die Kirche fortzusetzen Diese Tagesordnung wurde von Clemenceau lebhaft befürwortet, der sich in langer Rede aufs Entschiedenste gegen einen Ausgleich mit den Katholiken aussprach. Nach einer von den Zeitungen gebrachten, Regierungskreisen entstammenden Mittheilung traten die Minister, welche der gestrigen Kammersitzung beigewohnt hatten, bevor sie die Kammer verließen, zu einer Sitzung im Palais Bourbon zusammen. Der Ministerpräsident bestätigte seinen Kollegen gegenüber seine Absicht, zu demissioniren. Wegen des im Elysée stattfindenden Diners und des sich daran anschließenden Empfangsabends, welchem sämmtliche Kabinetsmitglieder beiwohnten, beschränkte sich Freycinet gestern darauf, dem Präsidenten Carnot von der durch die Kammerabstimmung geschaffenen Situation Mittheilung zu machen. Heute Vormittag kehrt der Ministerpräsident in das Elysée zurück und überreichte dem Präsidenten Carnot die Demission des gesammten Kabinets. Die sämmtlichen Pariser M[illegible]enblätter widmen natürlich ihre leitenden Artike[illegible] eingetretenen Kabinetskrisis. Die gemäßigten Blätter heben hervor, das Ministerium trete nicht in Folge eines seiner Politik entgegengesetzten Votums ab, sondern in Folge des von der Kammer gegebenen Beweises von Zerfahrenheit und vollständiger Ohnmacht. Die Kammer habe sämmtliche Tagesordnungen und Anträge abgelehnt. Der Präsident Carnot finde also keine Majorität vor, aus welcher er der Verfassung gemäß ein Ministerium bilden könne. Die einzige Lösung der Krise wäre logischerweise die Auflösung der Kammer. Die radikalen Blätter erklären mit Befriedigung, nunmehr sei der Kampf zwischen der Kirche und der Republik offen aufgenommen. Die konservativen Zeitungen gratuliren der Rechten, daß sie sich nicht dazu hergegeben habe, das Ministerium nochmals zu halten.

Das Unterhaus des **englischen** Parlaments hat die irische Lokalverwaltungsbill in erster Lesung angenommen.

Bei der Verhandlung der **serbischen** Skupschtina über das Budget des Kriegsministeriums griff die Opposition die Regierung heftig an und beschuldigte dieselbe, daß sie ihre Anhänger belohnen und den Parteikampf in die Armee übertragen wolle. Die radikalen Dissidenten machten dem Kriegsminister den Vorwurf, daß er Anhänger der Liberalen sei. Der Kriegsminister erwiderte, er sei Soldat, thue seine Pflicht und müsse den ihm gemachten Vorwurf zurückweisen. Heute soll über die Verzichterklärung Milan's verhandelt werden.

Bei den Wahlen des zweiten Wahlkollegiums zum **rumänischen** Senat sind 39 Konservative, 5 Oppositionelle und ein Unabhängiger gewählt worden; 4 Stichwahlen haben stattzufinden.

Die **griechische** Kammer hat gestern mit großer Mehrheit sämmtliche Finanzvorlagen, darunter den Gesetzentwurf, betreffend das Tabacksmonopol, angenommen.

Wie man aus Konstantinopel schreibt, ist das neue Reglement für die Organisation des Gerichtswesens auf **Kreta** bereits publizirt worden und die Wahlen der neuen Friedensrichter haben am 13. d. begonnen. Die bisher bestandenen gerichtlichen Institutionen auf der Insel sind durch das neue Reglement nur in geringem Maße abgeändert worden. Die Friedensgerichte, die Tribunale erster Instanz und der Appellgerichtshof (in Canea) bleiben auch fernerhin bestehen. In jedem Distrikte soll es künftig ein oder zwei Friedensgerichte geben, während bisher nur im Ganzen vierundzwanzig derartige Schiedsämter vorhanden waren. Ihre Anzahl wird durch die neue Bestimmung nur unwesentlich vermehrt, ihre Zusammensetzung bleibt völlig dieselbe wie bisher, indem sie auch in Zukunft aus einem Präsidenten und zwei Beisitzern, einem christlichen und einem muhamedanischen, bestehen werden. Ebenso wird auch fernerhin in jedem der fünf Hauptorte der Sandschaks, nämlich in Canea, Candia, Rethymo, Lassithi und Sphakia, ein Tribunal erster Instanz seinen Sitz haben. Der Appellhof in Canea, der bisher aus einem Präsidenten und vier Richtern, zwei christlichen und zwei muhamedanischen, bestand, wird sich in Zukunft aus neun Mitgliedern zusammensetzen.

Parlamentarisches.

* In der Budgetkommission des Reichstags wurden heute die folgenden Positionen des Marineetats bewilligt: Werftbetrieb 12 529 397 Mark, Artillerie und Fortifikation 2 255 740 ℳ, Torpedo- und Minenwesen 1 185 268 ℳ, Lootsen-, Betonnungs- und Leuchtfeuerwesen 262 800 Mark, verschiedene Ausgaben 219 240 ℳ — Abgelehnt wurden nur in dem Kapitel „Werftbetrieb" die neuen Forderungen für einen Rendanten, 3750 ℳ; 11 Werftschreiber zu 1850 ℳ = 20 350 Mark und 5 Kanzlisten zu 1850 ℳ = 9250 ℳ, zusammen also 33 350 ℳ. Damit ist das Ordinarium des Marineetats erledigt. Bei den einmaligen Ausgaben entspinnt sich wiederum eine Art Generaldebatte, in welcher Staatssekretair Vizeadmiral Hollmann Mittheilungen macht über die neue Konstruktion der Schiffspanzer und Aufschlüsse giebt über die Bedeutung der Kreuzerkorvetten und des Kreuzerkrieges. Abg. Richter vermißt einen bestimmten Plan. Er weist auf den in der Denkschrift von 1889/90 verfaßten Flottengründungsplan hin, der nun bezüglich des Kreuzerkorvettengeschwaders durchbrochen werde. Er bezweifelt, daß sich mit diesen Kreuzern im Kriegsfalle ein Geschwader bilden lasse und wünscht zunächst die Vorlegung eines neuen Planes. Referent Abg. v. Koscielski theilt die Bedenken des Vorredners und befürchtet, daß neue Verbesserungen in den Panzerplatten nur wieder Versuche hervorrufen werde, neue Geschosse zu erfinden. Er will nur die Schlußraten für die Bauten neuer Panzer bewilligen und beantragt hier Abstriche in Höhe von 3 300 000 ℳ. Abg. Dr. v. Frege (kons.) glaubt nicht, daß sich ein künftiger Seekrieg werde lokalisiren lassen und hält die Kreuzer zum Schutze des Handels für nothwendig. Staatssekretair Hollmann: Allerdings erwächst der Marineverwaltung durch die neuen Erfindungen eine unberechenbare Arbeit, die aber nicht abzuweisen ist. Thatsächlich haben sich die Ansichten über die Bedeutung der Kreuzer geändert, aber die deutsche Flotte ist gegenüber den anderen Marinen die stabilste. Korreferent Abg. Fritzen: Thatsächlich ist der frühere Flottengründungsplan geändert, aber es liegt keine Verschuldung der Verwaltung vor. Wir dürfen nicht die Hände in den Schooß legen, ebensowenig wie beim Landheer, zumal auch die anderen Marinen sehr rührig sind. Wir können den Schiffbau nicht stocken lassen, es muß aber möglichst vorsichtig und langsam vorgegangen werden. Er bedauere, daß den Referenten keine Fingerzeige gegeben worden seien darüber, was etwa für dies Jahr gestrichen werden könne. Staatssekretair v. Hollmann: Den Privatwerften gegenüber ist die Verwaltung durch Kontrakt gebunden. Graf Behr (Reichspartei) äußert sich im Sinne des Abg. Fritzen. Abg. Rickert wünscht schriftliche Darlegung der Ausführungen des Staatssekretairs, da ihm jetzt der Marineplan uferlos erscheine. — Wegen Beginns der Plenarsitzung wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

* Dem Abgeordnetenhause sind „Erläuterungen" zu Kap. 121 des Staatshaushaltsetats für 1892/93, betreffend die Besoldung der Direktoren und Lehrer ꝛc. an den Schullehrer und Lehrerinnenseminaren, der Lehrer an den Präparandenanstalten und der Kreisschulinspektoren zugegangen. Danach sind folgende Sätze angenommen worden:

1. Seminardirektoren.

Mindestgehalt 4000 ℳ, erreichen das Höchstgehalt von 5400 ℳ in 16 Jahren und in Stufen von je 4 Jahren; Gehaltszulagen je 350 ℳ.